wobei die Angereisten zuweilen polnische Hoheitssymbole beschädigten. Eifriger Schmuggel in beide Richtungen – auf der deutschen Seite waren insbesondere Butter und Eier beliebt – unterlief die Grenzziehung ebenso wie illegale Arbeitsmigration. Auch eine zeittypische Kuriosität findet sich in diesem Kapitel: Als man in den 1920er Jahren landesweit die Bahnschranken der besseren Sichtbarkeit wegen rot-weiß bemalen lassen wollte, beschwerten sich Regierungsstellen aus Posen-Westpreußen und auch aus Schleswig-Holstein, weil es sich jeweils um die Landesfarben des verhassten Nachbarn handelte – und zwar erfolgreich! Dort durften nach zwei Jahren schriftlichen Insistierens die Bahnschranken schließlich auch preußisch schwarz-weiß bemalt werden (S. 171 f.).

Im Zentrum von Kap. 3.3 wiederum stehen „Raumerzählungen“ (S. 253) und Identitätsbildung als Aufgabenprofil einer regionalen Kulturförderung. Der dafür eigens gegründete „Grenzmarkdienst“ unterhielt Schriftenreihen und Mitteilungsblätter und veranstaltete, ähnlich dem Parallelangebot der Reichszentrale für Heimatdienst, Vortrags-, Lichtbild- und Theaterabende. Vonseiten der SPD wurden indes Zweifel an der Republiktreue einzelner Funktionäre geschürt und die Kooperation mit nationalistischen Verbänden beklagt. Neben der Heimatforschung war auch die Jugendarbeit ein zentrales Betätigungsfeld des „Grenzmarkdienstes“. Bildung, Sport und Wanderungen sollten die Heimat erfahrbar machen, auch für Gruppen von jenseits der Provinzgrenzen, etwa der Bündischen Jugendbewegung. Allerdings erwies es sich als Problem, ausreichend Jugendherbergsplätze bereitzustellen.

Kap. 4 zeichnet gleich einem Epilog die Debatten um eine mögliche Auflösung bzw. Neugliederung der Provinz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nach. Ab 1933 wurde die Grenzmark in Personalunion vom Oberpräsidenten von Brandenburg verwaltet. Zwei Jahre später kam es zu längeren Diskussionen über eine Gebietsreform, die aber nur mit einer rechtlichen Festschreibung der bereits praktizierten Personalunion endeten. Ein 1938 erlassenes Gesetz sah, flankiert von einigen Gebietstauschen, die Angliederung der Grenzmark als Regierungsbezirk an Brandenburg vor. Durch ein Änderungsgesetz wurde dann die Grenzmark kurzfristig doch Pommern zugeschlagen, womit die Eigenständigkeit als Provinz endete.

Zu den Stärken der Untersuchung gehört die anschauliche Darstellung teils komplexer Sachverhalte im Hauptteil. Gleichwohl ist resümierend zu bedauern, dass der Arbeit eine klar formulierte Kernthese fehlt, die als roter Faden durch das Buch führt und eine Straffung des Materials ermöglicht hätte. Auch verpasst es die Vf., nach persönlicher Meinung des Rezensenten, leider, im Schlusskapitel die zentralen Ergebnisse der Arbeit konzise und auf eine sprachlich verständliche Weise zusammenzufassen. Als Leser bleibt man daher unweigerlich darauf angewiesen, sich die gesamte Arbeit zu erschließen (Hilfestellungen leisten die Zwischenfazits in Kap. 3 und das englischsprachige Abstract am Ende der Untersuchung). Unklar bleibt auch der Zweck des am Ende mehrfach bemühten Vergleichs der „Grenzmark“ mit dem deutsch-deutschen Zonenrandgebiet in der zweiten Jahrhunderthälfte, der weder durch eigene Quellenarbeit noch durch Forschungsliteratur abgesichert wird. Gleichwohl sei diese Studie angesichts der Fülle des gefundenen und ausgewerteten Materials als Pionierarbeit ausdrücklich gewürdigt. Sie zeigt, dass eine weitere Beschäftigung mit der Grenzmark Posen-Westpreußen lohnt.

Friedrichsrub

Daniel Benedikt Stienen

Andrzej Nowak: Das vergessene Appeasement von 1920. Lloyd George, Lenin und Polen. Aus dem Poln. von Markus Krzowska. De Gruyter Oldenbourg. Berlin – Boston 2024. XIV, 398 S., Ill. ISBN 978-3-111-33143-0. (€ 99,95.)

Zu Beginn des Jahres 1920 befand sich der wiedererrichtete polnische Staat in einer äußerst prekären Lage. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs und die Architekten der Versailler Ordnung in Europa zeigten sich unwillig, den jungen Staat bei einem Friedensschluss mit Sowjetrußland zu unterstützen. Sie lehnten aber auch jede polnische Offensive

gegen den Sowjetstaat ab. Erst der Sieg über die Rote Armee bei der Schlacht von Warschau im August 1920 brachte eine Wende und sicherte die Existenz eines unabhängigen Polen. Diese fand im Frieden von Riga zwischen Sowjetrussland und Polen im März 1921 ihre völkerrechtliche Anerkennung. In seinem Buch untersucht der polnische Historiker Andrzej Nowak diese kritische Phase aus der Perspektive der politischen Eliten Großbritanniens. Darin will er deren „mentalen Landkarten“ (S. 6, 228) zur Grundlage dessen nehmen, was er als „Appeasement“ bezeichnet. Darunter versteht er „die bewusste Übergabe Osteuropas durch eine westliche Macht an die Herrschaft eines aggressiven totalitären Systems“ (S. 3). Dies sei ein Phänomen der Beziehungen zwischen der „imaginierten Gemeinschaft des Westens und der tatsächlich erlebten Gemeinschaft der Opfer von München, Jalta sowie ihrer späteren Verkörperungen“ (S. 3).

Der Vf. gliedert seine Untersuchung in vier Teile. Der erste beschäftigt sich mit den Vorstellungswelten der Siegermächte über Osteuropa in den Jahren 1919 und 1920. Der zweite Teil geht auf die letztlich gescheiterte Initiative des britischen Premierministers, David Lloyd George, gegenüber Sowjetrussland im Sommer 1920 ein. Diese fasst N. als die Verkörperung von „Appeasement“ auf. Der dritte und längste Teil widmet sich schließlich den ideengeschichtlichen Grundlagen dieser britischen „Appeasementpolitik“. Der vierte und letzte Teil leuchtet die polnische Haltung, insbesondere diejenige des Staatsoberhauptes Józef Piłsudski, im Russischen Bürgerkrieg sowie mögliche Alternativen zum Frieden von Riga aus.

Die Darstellung in den ersten drei Teilen kreist um die Osteuropapolitik der Regierung von Lloyd George und ihr Ziel, eine stabile Friedensordnung zu schaffen. Der revolutionäre Sowjetstaat sollte hierfür in das neue „Konzert der Mächte“ eingebunden werden (S. 149). Trotz aller Widerstände aus Frankreich und aus seinem eigenen Kabinett habe Lloyd George von April bis August 1920 Signale nach Moskau gesendet, dass die Regierung seiner Majestät bereit sei, den Sowjetstaat als legitimen Nachfolger des Zarenreiches anzuerkennen. Die sog. Curzon-Linie, welche Polen auf seine „ethnischen Grenzen“ beschränken sollte, sei hierfür ein wichtiges Element gewesen (S. 71). Diese Annäherung gipfelte in die formelle Einladung der hochrangigen *bol'seviki* Leonid Krasin und Lev Kamenev zu direkten Gesprächen nach London Anfang August 1920. Das Schicksal Polens, das in dieser Zeit von der Roten Armee überrannt zu werden drohte, habe in diesen Plänen, wenn überhaupt, dann nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Erst der Sieg der polnischen Armee bei Warschau habe diese Planspiele von Lloyd George beendet.

N. identifiziert fünf Faktoren, die dieses britische „Appeasement“ gegenüber der Sowjetregierung im Sommer 1920 begünstigt hätten. Erstens stand die britische Regierung unter enormem öffentlichem Druck, für Frieden in Europa zu sorgen. Zweitens wollte die Regierung die Nachkriegskrise durch eine Wiederbelebung des Handels mit Sowjetrussland, insbesondere durch Getreideimporte aus der Ukraine, lindern. Drittens habe eine selbstgerechte imperiale Elite die Welt in Interessenssphären geteilt und „Osteuropa“ ohne große Diskussion zu „Russland“ gerechnet. Viertens habe die britische Regierung – anders als die polnische – den totalitären Charakter des Sowjetstaates nicht erkannt. Lloyd George sei davon ausgegangen, dass sich dieser ohne größere Schwierigkeiten in die traditionelle Staatenordnung einfügen werde. Schließlich habe die britische Regierung die Haltung vertreten, dass starke Staaten das Recht hätten, die Schwachen zu dominieren. Diese Faktoren hätten, so N., zur „Kapitulation gegenüber der totalitären Aggression“ nicht nur 1920, sondern auch 1938 in München und 1944 in Jalta geführt (S. 330).

Zu Beginn schreibt N., dass er kein „moralisches Traktat“, sondern eine historische Analyse eines Phänomens, das er „Appeasement“ nennt, liefern wolle (S. 1). Ein moralisierendes Traktat ist aber genau das, was der Vf. bietet. Er verfolgt dabei eine letztlich polnisch-nationalistische Deutung der Geschichte. Auf den S. 113, 138, 144 f. oder 166 finden sich Beispiele dieses polemisierenden Argumentationsstils, der – insbesondere vor einem internationalen Publikum – erheblich an Überzeugungskraft einbüßt. N. macht auch kein Geheimnis daraus, dass er den politischen Akteur Lloyd George nicht mag und ihm in

Bezug auf Polen die „Arroganz eines ungebildeten britischen Liberalen“ unterstellt (S. 260).

Das Buch bietet einen spezifischen Blick auf die britischen imperialen Eliten und ihre Vorstellungen von „Osteuropa“. Allerdings bleibt dies ein Tunnelblick, der sich vor einer breiteren Kontextualisierung scheut. So haben nicht nur polnische Akteure in London und Paris für ihre Interessen Lobbyarbeit betrieben, sondern etwa auch jüdische Organisationen. Diese wiederum standen dem polnischen Staat, in dem ein Teil der politischen Akteure (u. a. um Roman Mdmowski) offen antisemitische Positionen vertraten, negativ gegenüber und haben die Westmächte in genau solchen Fragen sensibilisiert. Die negative Presse Polens im Westen war also nicht immer unbegründet.¹ Die fehlende Auseinandersetzung damit ist in N.s Buch ein blinder Fleck.

Schließlich benutzt N. Begriffe wie „Imperium“ in einem normativen und nicht in einem analytischen Sinn. So kann er ohne weitere Reflektion dem angeblichen „polnischen Imperialismus“ den „wirklichen Imperialismus“ Sowjetrusslands gegenüberstellen (S. 322 f.). Auch setzt der Vf. voraus, dass die Regierung der *bol'seviki* bereits seit 1917 „totalitär“ und allein von „Ideologie“ getrieben gewesen sei (S. 327). Damit werden der Sowjetstaat und seine Vertreter zu einem absoluten Anderen, das nicht verstanden, sondern bekämpft werden müsse. Trotz der Nennung im Titel bleibt deshalb Lenin als Politiker in N.s Darstellung äußerst blass. Damit kann der Vf. auch alle Studien ignorieren, die aufzeigen, dass Lenin, sobald er 1917 die Macht ergriffen hatte, sich als radikaler Pragmatiker entpuppte. So zeigte er sich zu Kompromissen bereit, solange sie dem Machterhalt der *bol'seviki* dienten. „Ideologie“ spielte dabei eine sekundäre Rolle.²

Die Darstellung folgt dem Leitgedanken, dass große Staaten ihre Interessen über diejenigen von kleineren Nationen stellen. Die Strategie des „Appeasement“ von Lloyd George im Sommer 1920 stehe exemplarisch dafür (S. 379). In diesem Sinn stellt N. auch Aktualitätsbezüge etwa in Bezug auf die Ukraine (S. VIII) her. Allerdings bringt seine moralisierende Argumentation die durchaus notwendige Analyse solcher Phänomene kaum weiter.

Frankfurt (Oder)

Stephan Rindlisbacher

1 CAROLE FINK: *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and International Minority Protection, 1878–1938*, Cambridge 2004, S. 171–202.

2 JEREMY SMITH: *The Bolsheviks and the National Question, 1917–1923*, London 1999, S. 206 f.; LARA DOUDS: *Inside Lenin's Government. Ideology, Power and Practice in the Early Soviet State*, London 2018, S. 169–174.

Granica 1920 na ziemi wschowskiej i pograniczu wielkopolsko-śląskim. [Die Grenze 1920 im Gebiet Fraustadt und der Grenzregion Schlesien-Großpolen.] Hrsg. von Kamila Szymańska und Marta Małkus. *Stowarzyszenie Czas A.R.T. – Muzeum Okręgowe w Lesznie. Wschowa – Leszno 2022. 431 S., Ill., Kt. ISBN 978-83-63363-01-7.*

Der von Kamila Szymańska und Marta Małkus herausgegebene Band beschäftigt sich in epochenübergreifender Perspektive mit der historischen Grenze zwischen Niederschlesien und Großpolen. Der Untersuchungszeitraum der insgesamt 17 Autorinnen und Autoren reicht vom frühen Mittelalter bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die Leitfrage des Sammelbandes wird im Einleitungstext von Monika Cepil und Marek Sobczyński erörtert: Wie konstituiert sich eine „Grenze“ im Laufe der Jahrhunderte, und wie wird sie in den verschiedenen Epochen verstanden? Anspruch des Bandes ist es, sich von bisherigen rein geschichtswissenschaftlichen Ansätzen zu lösen und auch Perspektiven der Archäologie, Ethnologie, Geografie, Kulturwissenschaft und anderer Disziplinen zu berücksichtigen.

Ein Beispiel für die methodische Vielfalt ist der Beitrag von Bartosz Tietz, der die mittelalterliche Grenzziehung anhand von „Thiessen-Polygonen“, wie sie in der Geografie verwendet werden, darstellt, mit deren Hilfe sich die Machtstrukturen lokaler Fürsten bes-